

4. d. mit seinen Wählern in Lauban persönlich zu verkehren, um ihre Wünsche und Anträge kennen zu lernen; so gab der Stellvertreter des Vorsitzenden der Versammlung anheim, ob es nicht rathsam wäre, dem Deputirten ans Herz zu legen, vor Allem mit dahin zu wirken, daß die Kammer erst dann an die Revision gehe, wenn die Rusticalverhältnisse geregelt und die Gemeindeordnung berathen wären. Er wie der 2. Schriftführer wiesen auf die praktische Bedeutsamkeit dieses Verfahrens hin, daß erst nach der Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse wie in der Kammer, so nicht minder außerhalb derselben eine friedliche Haltung eintreten würde, zumal ja die Hauptgrundzüge des neuen Staatsgebäudes in der anerkannten Verfassung gegeben seien. Andererseits hielten der Vorsitzende und Polizei-Anwalt Meitsch daran fest, daß das Fundament des Neubaus d. h. die Verfassung vor Allem zu revidiren sei, ehe man an den Ausbau derselben gehen könne. Inzwischen begegnete man sich in dem Wunsche, die Kammer möge das Eine thun, aber zugleich das Andere nicht lassen, die Revision der Verfassung und die materiellen Gesetze zugleich in die Hand nehmen.

Nachdem hierauf der 2. Schriftführer die politische Rundschau gehalten hatte, schloß der Vorsitzende die heutige Sitzung, die nächste auf den 8. d. Mts. festsetzend.

Aus der politischen Rundschau.

Deutschland.

Preußen. Das Ministerium des Auswärtigen ist Herrn v. Schleinitz übertragen. — Der Belagerungszustand über Berlin ist aufgehoben, die Physiognomie der Stadt aber durchaus dieselbe geblieben. Noch kein demokratischer Klub hat sich gebildet und zu keiner Volksversammlung ist ein Versuch gemacht worden. Die Führer der Demokratie sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß das wüste Klubwesen und das Operiren mit den zügellosen Massen zur Diskreditirung ihrer Partei nicht am wenigsten beigetragen hat. — Der deutsche Verfassungsentwurf der 3 Königreiche ist nunmehr von allen deutschen Staaten, mit Ausnahme Baierns und

Württemberg, anerkannt worden. — Der General v. Wrangel ist zum Gouverneur von Berlin ernannt und in mehreren Kreisen lebhaft die Rede davon, demselben das Ehrenbürgerrecht von Berlin zu ertheilen. — Am 1. August fand in Rötthen eine Zusammenkunft von Deputirten aller Nichtwähler aus dem ganzen preussischen Staate Statt, um über die weiteren Schritte und Maßregeln zu berathen. — Beim Finanz-Ministerium sind wieder mehrere Anzeigen eingegangen, worin Gutsbesitzer, Geistliche und Lehrer aus den Provinzen Brandenburg, Sachsen und Schlessien sich zur Entrichtung der Grundsteuer von ihren bisher steuerfreien Gütern, beziehungsweise zur Uebernahme der Klassensteuer aus eigener Veranlassung bereit erklären. Unter anderen gehören hierzu die sämtlichen Lehrer des Gymnasiums zu Gisleben. Ein Rittergutsbesitzer im Kreise Stendal hat sich erboten, bis zu der bevorstehenden Aenderung des Besteuerungs-Systems und so lange es seine Verhältnisse erlauben, jährlich während der Landwehr-Zusammenziehung 1000 Thlr. und später 500 Thlr. neben der gesetzlichen Klassensteuer als besondere Einkommensteuer vom 1. August d. J. an zu zahlen. —

Darmstadt. Der Gothaer Ausschuss (Gagern, Mathy etc.) hat ein Rundschreiben erlassen, in dem er seiner Partei Mittel und Wege angiebt, für die Anerkennung der von Preußen, Hannover, Sachsen ausgegangenen Reichsverfassung in den Einzelstaaten kräftigst zu wirken.

Schleswig-Holstein. In Folge des Waffenstillstandes, den Preußen mit Dänemark geschlossen, treten die deutschen Reichstruppen ihren Rückmarsch in die Heimath an. Während der Norden Deutschlands, welcher die Leiden eines gestörten Handels allein empfunden, Preußen beifällt, protestirt die Centralgewalt mit Baiern und Württemberg gegen die Beendigung dieses Krieges, ohne die Macht und den Willen zu haben, gegen Dänemark den Kampf ohne Preußen fortzusetzen. In Holstein selbst beginnt in den Gemüthern die Ueberzeugung allmählig Raum zu gewinnen, daß aller Widerstand gegen den Waffenstillstand nur die Lage des Landes verschlimmern dürfte, daß Preußen unter den jetzigen